

Kriegszeit
wöchentlich viermal
Dienstag, Donnerstag
Samstag u. Sonntag.

Preis
Bier ersäßig bei der
Redaktion für
Wetzheim 1 M. 5 S.
durch die Post
im Oberamtsbezirk
Wetzheim 1 M. 25 S.
auswärts 1 M. 45 S.

Einrückungsgebühr
die 3malige Zeit oder
deren Raum 9 Pf.
auswärts 10 Pf.

Erchein
wöchentlich viermal
Dienstag, Donnerstag
Samstag u. Sonntag

Preis
vierteljährlich bei der
Redaktion für
Wetzheim 1 M. 5 S.
durch die Post
im Oberamtsbezirk
Wetzheim 1 M. 25 S.
auswärts 1 M. 45 S.

Einrückungsgebühr
die 3malige Zeit oder
deren Raum 9 Pf.
auswärts 10 Pf.



Amts- & Anzeigebblatt für den Oberamts-Bezirk Wetzheim.

Nr. 22

Wetzheim, Dienstag den 8. Februar 1887.

21. Jahrgang.

Die Volkspartei, wie sie ist.

Anstatt sich über die Größe, Macht und Einheit unseres deutschen Vaterlandes zu freuen und den Schöpfern desselben, unserem erhabenen Kaiserkaiser, unserem glorreichen Vorkämpfer, unserem großen Bismarck, um den uns alle Völker der Erde beneiden, unserer Armee, welche anno 1870 mit unvergleichbarer Tapferkeit und Strömen von Blut die Einheit Deutschlands erkämpft, dankbar zu sein und das große Werk befestigen zu helfen, was thut die Volkspartei?

Die Volkspartei hat sich durch diese überwältigenden Thatsachen von ihren veränderten Ansichten nicht abbringen lassen, sie hat nichts gelernt, sie hat kein Herz für das wahre Wohl und Wehe des deutschen Volkes, vielmehr bietet sie durch eine ununterbrochene Kette von Verneinungen der wichtigsten Fragen für das Wohl des Volkes, kleinlichen Nörgereien und schweren Kränkungen unserer größten Männer, allem auf, Deutschlands Macht und Ansehen vor dem Auslande zu schwächen, ihm die innere Kraft zu nehmen und so unsere Feinde zu ermutigen.

Sie stimmt gegen das Sozialistengesetz, wenn die Regierung aber durch die neue Arbeiterschutz-Gesetzgebung bestrebt ist, für das Wohl der Arbeiter in hervorragender Weise zu sorgen und ihnen Rechte zu verleihen, die sie bisher nicht besessen haben, so stimmt die Volkspartei, Hand in Hand mit den Sozialdemokraten, auch gegen diese Gesetze; angeblich, weil sie behauptet, in einzelnen untergeordneten Fragen nicht mit der Regierung einverstanden sein zu können, in Wahrheit aber, weil sie mit den Sozialdemokraten befürchtet, daß, wenn die Wohlthaten der neuen Gesetze sich geltend gemacht haben, auch in den Arbeiterkreisen erkannt wird, wer die wahren Freunde des Volkes sind.

Wenn im Reichstage zum Schutz gegen das Ausland nur kleine Hölle auf des Landmanns Produkte, auf die Erzeugnisse der Gewerbe vorgeschlagen werden, so spricht der Abgeordnete der Volkspartei zwar für die wichtigeren Artikel seines Bezirkes, um sich seinen Sitz bei der nächsten Wahl zu sichern, kommt es aber zur Abstimmung über das ganze Gesetz, so stimmt er dagegen!

Wenn durch die segensreichen neuen Erwerbungen von Kolonien die Arbeiten im Ministerium sich so mehren, daß unsere mit Arbeit überhäuften großen Männer um Hilfskräfte bitten, schämen sich die Volksparteiler nicht, diesen kleinen Mehraufwand zu verweigern.

Wenn nun vollends unser erhabener Kaiser durch seine bewährtesten Kräfte, seinem berühmten Vorkämpfer und großen Kanzler, bestimmt und klar im Reichstag darlegen läßt, daß gegenüber den großen Leistungen unserer Feinde und den wachsenden Neuanforderungen der Franzosen es heilige Pflicht sei, zur Verteidigung unserer Grenzen und Erhaltung unseres Friedens unser Heer nachtheilig um 41,000 Mann zu verstärken, und dies nicht für 3, sondern für 7 Jahre geschehen müsse, stimmt die Volkspartei mit unseren falschen Volksbeglückern Windthorst, Richter, Hasenclever u. s. w. dagegen.

Die Volkspartei mit den Führern ihrer Verbündeten entblödet sich nicht, die Phrase auszusprechen, das deutsche Volk könne die durch die Heeresvermehrung entstehenden höheren Summen nicht mehr aufbringen und sich durch diese scheinbare Fürsorge die Gunst der Wähler zu erschmei-geln; — was muß das Ausland denken, wo jede, auch die größte Summe zur Erhaltung der Wehrkraft opferwillig angeboten wird. Wenige Pfennige nur sind es per Kopf, die der Deutsche mehr auf den Altar des Vaterlandes jährlich legen soll, sind wir Deutsche dazu nicht mehr in stande?

Kann die Volkspartei die Verantwortung auf

ihr Gewissen nehmen, durch Verweigerung verhältnismäßig so kleiner Opfer das Vaterland den Gefahren eines Krieges preiszugeben? Bedenkt sie nicht, welche namenlose Sorgen, Kummer und Jammer entstehen, wenn unsere Söhne und Brüder in den Krieg ziehen müssen, welche tiefer Schmerz u. Leid unzählige Familien betrifft, wenn dieselben sich auf den Schlachtfeldern verbluten, und bedenkt sie außerdem nicht, daß selbst, wenn das Kriegsglück ungünstig ist, Handel und Gewerbe lange Zeit lahm gelegt werden und so dem ganzen Volke, arm und reich, in kürzester Zeit tausendmal mehr verloren geht, als durch das Aufbringen einer für den Einzelnen kleinen Mehrsteuer! Bedenkt sie nicht, daß, wenn wir das Unglück hätten, im Kriege zu unterliegen, der Sieger uns enorme Contributionen diktieren wird und so der Wohlstand unseres Volkes auf Menschenalter hinaus zerstört würde und nicht wieder hergestellt werden könnte, wie das linke Rheinufer uns abgeschnitten und unser theures Vaterland wieder zerstückelt, unehrig und schwach wieder den Spielball unserer Feinde abgeben würde?

Das Maß ist zum Ueberlaufen voll, die Leute, welche sich fälschlich herausnehmen, sich Volkspartei zu nennen, haben kein Verständnis für des Volkes Wohl und Bedürfnis, sie verfolgen nur die Erreichung der kleinlichen, egoistischen Zwecke ihrer unverbesserlichen Führer, die nichts aufs Spiel setzen. Was der Kern des deutschen Volkes will, ist ihnen völlig gleichgültig, sie haben das längst geschwächte Vertrauen vollständig vermisst, und deshalb

Wählet keinen Volksparteiler!

Die Franzoseneinfälle in Württemberg im Jahre 1688 und 1693.

Es dürfte in unseren Tagen, wo die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich so viel erörtert wird, am Platze sein, daran zu erinnern, wie die Franzosen allein in den Jahren 1688 und 1693 bei uns gehaust haben. Die Stadt Heilbronn wurde am 5. Okt. 1688 durch den General Montclar eingenommen; er versprach, sie vor Brandschatzung und Plünderung zu bewahren, kaum waren die Franzosen eingelassen, so wurde die Stadt von 1300 Dragonern besetzt und der Bürgerschaft die Waffen abgenommen. Immer größer wurde die französische Besatzung, so daß im Laufe des Nov. mehr als 3600 Mann ohne die vielen Diener, Weiber u. s. w. in der Stadt lagen. Der berüchtigte General Melac hatte am 29. Nov. mit 4800 Mann die Reichsstadt Eßlingen besetzt und hauste nun mit seinem „schrecklichen Volke“, wie ein französischer Gesandter selber Melacs Truppen nannte, 4 Wochen in der Stadt. Als die Franzosen endlich abzogen, berechnete die Stadt den Schaden, den sie in diesen 4 Wochen erlitten hatte, auf 253 076 fl. In Tübingen besetzte der Brigadegeneral Peysonel mit 1000 Reitern und einigen 100 Mann zu Fuß am 5. Dez. ohne Widerstand Stadt und Schloß. Von der Stadt wurden 20 000, von der Universität 12 000 fl. erpreßt. Die Errettung von der geplanten Plünderung

und Brandlegung verdankte Tübingen nur dem gewandten und mutigen Auftreten des Professors Johann Osiander. Peysonel zog am 17. Dez. wieder ab; die 12 Tage seines Aufenthalts hatten die Stadt noch etwa 100 000 fl. gekostet. Stuttgart, dem Plünderung und Einäscherung gedroht war, kam, da bewaffnete Hilfe herannahte, mit einer Brandschatzung von 31 000 fl. und dem Schrecken weg. Als Württemberg im Jahre 1697 der Krone Frankreichs in einer eigenen Schrift vorrechnete, was es nach dem frevelhaften Bruche des Waffenstillstandes gegen alles Völkerrecht unbillich erlitten habe und wofür es von dem „allerchristlichsten“ Könige Ludwig XIV. Entschädigung zu fordern berechtigt sei, da wurde der Schaden des Landes bis zum 1. Januar 1689 auf 905 075 fl. angegeben. Das Jahr 1693 brachte noch einmal französische Brandschatzungen und Plünderungen in fürchterlichster Weise. Ueberall sah man brennende und zerstörte Orte. Der Herzog Eberhard Ludwig mußte, um größeren Schaden abzuwenden, einen förmlichen Brandschatzungsvertrag abschließen. Er mußte versprechen, innerhalb Jahresfrist 400 000 Thaler innerhalb Jahresfrist nach Strassburg zu zahlen und vom 1. Januar 1694 an vierteljährlich 25 000 Thaler auf die Festung Philippsburg liefern. Aber dieser Vertrag wurde von den Franzosen nicht gehalten. Nun wurden erst die Orte in der Nähe von Stuttgart geplündert; bis nach Göppingen drangen räuberische Scharen vor. Auch Baihingen an der Enz wurde ein Raub der Flammen. Statt der bedungenen 6 Geiseln wurden 13 mitgenommen. Unsägliches Elend hatte dieses Kriegsjahr für Württemberg gebracht. 7 Städte lagen in Schutt, 37 andere Orte waren ganz oder teilweise zerstört. Im Ganzen zählte man gegen 2000 verbrannte Gebäude. Die Fruchtfelder, Weinberge und Gärten lagen verwüstet und zerstört. Im Lande wütheten Hungersnot und Seuchen. Ein Bild des Elends im Kleinen giebt uns ein Bericht aus Göggingen vom 28. Okt., in dem es heißt, „daß die Leute aus Hunger haufenweise elendiglich dahinstarben, auch viele Gebäude ganz ausge-orben und leer stehen und einzufallen drohen, die Felder unangeblüht und wüste liegen; noch wenige halb abgestorbene franke und verhungerte Leute im Orte seien, der Schaden durch Raub sich auf 34 706 fl. belaufe.“ Nach geringer Schätzung betrug der Schaden, den das Land allein nach dem 30. Juli, also nach dem Brandschatzungsvertrage, noch erlitten hatte (die Stadt Baihingen ist nicht mitgerechnet), gegen 2 Millionen Gulden. Die armen Geiseln wurden von den Franzosen aufs grausamste behandelt und von Kerker

zu Kerker geschleppt, so daß 2 von ihnen, der Prälat Dreher von Hirschau und der Vogt Schott von Göppingen, den Mißhandlungen erlagen. Ihre Befreiung nach 2jähr. Gefangenschaft verdanken die Geiseln allein der Opferwilligkeit ihrer Angehörigen, die die ungeheure Summe von 250 000 fl. für sie endlich zusammenbrachten. Die Bevölkerung, die sich nach dem 30jährigen Krieg allmählich auf 450 000 Menschen erhöht hatte, sank im Jahre 1696 wieder auf 300 000 herab. Endlich kam am 20. Okt. zu Ryswick der ersehnte Friede zu Stande (vergl. dazu die illustrierte Geschichte Württembergs, die diesen Zeitraum sehr lehrreich behandelt).

Württemberg.

|| **Welzheim**, 7. Febr. Gestern Abend hat sich der Candidat der sog. Volkspartei, Herr Fabrikant Gabler von Schorndorf im Saale des Gasthauses zum „Stern“ hier den Reichstagswählern vorgestellt. Die Versammlung war von politischen Freunden und Gegnern des Herrn Candidaten zahlreich besucht. Sein Programm wies die bekannten Einwürfe der demokratischen Partei gegen die Militärvorlage auf. Die Aufrichtigkeit der bestimmten Erklärungen unseres Reichskanzlers und Moltkes, daß die Militärvorlage lediglich die Sicherung des Friedens bezwecke, wurde in Zweifel gezogen und diese Frage überhaupt, also der Kern der Sache, kurz erledigt. Dagegen wurde mit den alten Gespenstern der Demokraten ein langes und breites den Wählern vorgegruselt, wobei der frühere Redakteur des „Beobachters“, Herr Hausmeister aus Stuttgart, ein gewandter Sprecher, Herrn Fabrikant Gabler kräftigt unterstützte, nicht ohne einen gewissen Eindruck hauptsächlich auf die anwesenden jüngeren Leute zu machen. Doch „bange machen gilt nicht“, wie Herr Lehrer Fener von hier erwiderte. Es handelt sich nicht um die Beseitigung des allgemeinen direkten und geheimen Wahlrechts oder die Einführung von Monopolen, es handelt sich um Krieg oder Frieden. Und weil Herr Fabrikant Gabler durch Verwerfung der Militärvorlage für die Sicherung des Friedens nicht eintritt, ist er auch nicht unser Mann.

(-) **Welzheim**, 7. Jan. Gestern Abend entwickelte Herr Fabrikant Gabler, der Candidat der Volkspartei, sein Wahlprogramm im hies. Sternsaal vor einer großen Anzahl von Wählern; als dessen Beistand lernten wir Herrn Banquier Hausmeister aus Stuttgart kennen. Beide erklärten den Kriegslärm als künstlich geschaffen, unwillige Werkzeuge für die Regierung in den Reichstag zu bringen. Der Kaiser, dieser Mann des Friedens, habe selbst in den letzten Tagen erklärt: „Es giebt keinen Krieg!“ Von gegnerischer Seite wurde den beiden Herren erwidert, daß die Kriegsbesorgnis nicht gemacht sei, sondern in den großartigen Rüstungen aller Staaten Europas ihren Grund habe; ein Ahnen schwerer Prüfungszeiten liege auf den Gemütern und daher die allenthalben hervortretende Kriegsbesorgnis. Was den Ausspruch des Kaisers betreffe, daß es keinen Krieg gebe, so müsse bemerkt werden, daß auf telegraphische Anfrage bei dem württ. Gesandten in Berlin die Antwort zurückkam, der Kaiser habe diese Worte gar nicht gesprochen. Also nichts als ein Wahlmanöver! Deutschland habe sich die in ganz Europa dankbar anerkannte Aufgabe gestellt, der Hort des Friedens zu sein. Daher wäre des Fürsten Bismarcks schwerwiegendes Wort für den Frieden im Räte der Völker von doppelter

Wirkung gewesen, wenn unsere Reichsboten einig mit der Regierung für die 7jährige Erhöhung unseres Militärstandes gestimmt hätten. Dann hätte unser „böser Nachbar“ nicht das für ihn so erfreuliche Schauspiel erlebt, zu sehen, wie die politischen Parteien Deutschlands sich gegenseitig anfeinden, verkleinern und zerfleischen, ein Umstand, welcher ihn in seinen Revanchegedanken nur bestärken kann. Aber die Mehrheit blieb bei ihrer Weigerung trotz der eindringlichen Mahnungen unseres kriegserfahrenen Moltke. Herr Gabler ist für Ablehnung der Regierungsvolage, und daher können wir ihn nicht im Reichstage brauchen. Der Redner führte weiter aus, daß er sich nicht mit der Volkspartei in das Schiff setzen könne, in welchem Ultramontane, Welsen, Polen, Fortschrittsleute, Sozialdemokraten, deutsche Franzosen zc. sich häuslich niedergelassen haben, wo ein Windthorst der Steuermann sei und die Socialdemokraten die Ruderdienste versehen.

Ein fruchtbares Feld für ihre Wahlmache sieht, wie es scheint, die Volkspartei in dem Schreckgespenst der Monopole und der Beeinträchtigung der Volksrechte. Auf diesem Gebiet haben Herr Gabler und besonders Herr Hausmeister, dessen Redefluß bewunderungswürdig war, sich mit großer Vorliebe des langen und breiten bewegt; hier wurde nach allen Seiten hin die Angel ausgelegt, um die Wähler zu ködern.

Von gegnerischer Seite wurde Herrn Hausmeister erwidert: Wenn auch auf der ganzen Linie der Opposition der Ruf erschalle: „der Wolf ist da, der Wolf ist da!“ um die armen Schäferlein mit den Monopolen zu schrecken und sie auf ihre Seite zu treiben, so verfange dieses Bangemachen, dieses Säen von Mißtrauen gegen die Regierung doch nicht. Der Reichskanzler habe vor dem Reichstag erklärt, daß die Monopole für das Reich abgethan seien, daß sie allerdings einmal kommen können und zwar infolge eines unglücklichen Krieges, aber dann bringe sie nicht die Regierung, sondern die Not unseres durch den Feind ausgefogenen Landes. Ebenso verhalte es sich mit der Abschaffung des allgemeinen Stimmrechts; das letztere nehme er, der Reichskanzler, als sein Kind in Anspruch, und niemand dürfe ihm zutrauen, daß er sein eigenes Werk vernichten werde. Also die Regierung will nichts von Monopolen, will nichts von Schmälerung oder gar von Aufhebung des allgemeinen Stimmrechts. Es muß wahrlich um die Sache der Oppositionsparteien nicht am besten stehen, wenn man zu den Mitteln des Bangemachens, des Erdichtens seine Zuflucht nehmen muß.

Herr Hausmeister und mit ihm Herr Gabler ist gegen das Sozialistengesetz. Er will, daß die Socialdemokraten ihr verderbliches Werk des Umsturzes ungehindert betreiben dürfen.

Von gegnerischer Seite wurde ihm erklärt, daß er sich unter solchen Umständen schlecht zu einem Landwirt qualifiziere, wenn er Unkraut und Weizen neben einander wachsen lassen wolle. Nein, die schädlichen Bestrebungen der Socialdemokratie müssen durch das Gesetz eingedämmt werden. Aber Männer, welche die Socialdemokratie unterstützen und sei es nur mittelbar, können wir nicht in den Reichstag wählen.

Nun zum Schluß, was war der Erfolg des Redestroms des Herrn Hausmeisters? Antwort: Hinter den Bergen von Zahlen und Worten des Herrn Hausmeisters wurde

der eigentliche Candidat, Herr Fabrikant Gabler, gar klein, ja er verschwand nachgerade ganz hinter denselben, wie einst Saul unter den Jäffern, und kam erst wieder zum Vorschein, als zum Abmarsch geblasen wurde.

(X) **Welzheim**, 7. Febr. Herr Dekonomie-rat Grub von Stuttgart hielt gestern Mittag in der „Harmonie“ in Lorch, dessen geräumige Lokalitäten bis auf den letzten Platz gefüllt waren, seine Wahlrede. Er legte in markigen und beredten Worten seine Stellungnahme zu den brennenden Tagesfragen dar und zeigte sich hierin als den richtigen Vertreter der wirklichen Gesinnung des Volkes. Treu zu König, Kaiser u. Reich. Unterstützt wurde die Candidatur Grub durch viele kräftige Reden und Toaste. Nur zu rasch verfloßen die Stunden, die uns vergönnt waren, mit den auswärtigen Fremden zusammen zu sein. Herr Grub wird seinen Vortrag in hiesiger Stadt kommenden Sonntag Abend den 12. ds. Mts. halten und möchten wir hierauf die hiesigen und auswärtigen Wähler heute schon aufmerksam machen. —

— Die württ. Kr.-Z. enthält in ihrem offiziellen Teil folgende Ausführung: Von verschiedenen Seiten, auch außerhalb Württembergs, ist bei dem Präsidium in Anregung gebracht worden, hinsichtlich der bevorstehenden Reichstagswahlen im Sinne der uneingeschränkten Annahme der von dem letzten Reichstage verworfenen Militärvorlage zu wirken. Das Präsidium verkennt keineswegs, wie wenig die alten Soldaten damit einverstanden sein konnten, daß die Mehrheit des Reichstags Sr. Maj. dem Kaiser, dem so hochverdienten obersten Kriegsherrn und Neubegründer des D. Reichs wenige Tage nach seinem 80jähr. Militärjubiläum den Schmerz bereitete, die Vorschläge zurückzuweisen, die er zur Sicherung des Reichs u. zur Erhaltung des Friedens für unumgänglich notwendig erachtete. So wenig nun aber jedes einzelne Mitglied des Württemb. Kriegerbundes für seine Person gehindert ist, seine politische Ueberzeugung überall, auch bei den Wahlen, zum Ausdruck zu bringen und Dritten gegenüber zu verfechten, so glaubt doch das Präsidium als solches auch in dem vorliegenden Falle von dem bisher streng beobachteten Grundsatz, in Fragen der Tagespolitik sich nicht einzumischen, eine Ausnahme nicht eintreten lassen zu sollen.

— Dieselbe Zeitung enthält folgendes Eingekandt eines Kriegskameraden von 1870 auf 71: Die Stimme des treuen und wohlmeinenden Kameraden, welche in letzter Nummer sich vernehmen ließ, ist jedem Bundesmitglied aus dem Herzen gesprochen, sie hat sicherlich nicht nur den Einfender dieses, sie hat Jeden erfreut, dem das Wohl des großen geeinten Vaterlandes am Herzen liegt. Nun stehen wir bereits vor den Neuwahlen. Kann es für uns Krieger eine Frage sein, wem wir unsere Stimme geben sollen? Allerdings sind wir nicht gewohnt, auf politischen Wegen uns zu begegnen: wir halten die Politik aus unseren Vereinen ferne und dies ist wohl begründet. Kann nicht ein guter Patriot Freund oder Gegner von Monopolen, von direkten oder indirekten Steuern, von Schuzzöllen u. s. w. sein? Warum sollten wir uns mit solchen Fragen in unseren Vereinen bekämpfen? Anders verhält es sich mit der vom Kaiser und den verb. Regierungen geforderten, vom Feldmarschall Moltke und anderen militärischen Autoritäten zur Sicherung unseres Vater-

landes für unbedingt nötig erklärten Heeresverfärkung auf 7 Jahre. Hier tritt an uns die Pflicht, Mann für Mann das Wahlrecht auszuüben und Demjenigen unsere Stimme zu geben, der sich entschieden für die ganze und volle Bewilligung dieser Vorlage ausspricht. Wo anders als hier können wir Krieger die in §. 2 Ziff. 2. unserer Statuten ausgesprochenen Grundsätze und patriotischen Gesinnungen mehr bethätigen und zum Ausdruck bringen? Möge das Ergebnis der Wahlen beweisen, daß das deutsche Volk eine Wehrkraft des Reiches will, welche die Bürgerschaft für die Verteidigung des Reichsgebiets gewährt! Möge uns dadurch ein dauernder Friede beschieden werden!

Deutschland.

— Berlin, 5. Febr. Das heute erschienene Militärverordnungsblatt veröffentlicht einen Erlaß des Kaisers vom 27. Januar. Hiernach sind zu zwölfstägigen Uebungen Zwecks Ausbildung mit dem neuen Gewehr einzuberufen: aus der Reserve: 68,200 Mann Infanterie und 4800 Jäger und Schützen einschließlich der vom Kriegsministerium festzusetzenden Zahl der Unteroffiziere. Zu dieser Uebung sind heranzuziehen die übungspflichtigen Reservisten mit der jüngsten Jahresklasse beginnend, welche noch nicht mit dem neuen Gewehr ausgebildet sind. Die zur Landwehr am 1. April übertretende älteste Altersklasse der Reserve ist von der Uebung ausgeschlossen. Die Uebung findet vom 7. bis 18. Februar statt.

— Berlin, 5. Febr. Dem Armeeverordnungsblatt zufolge beträgt die Zahl der zur Ausbildung mit dem Repetiergewehr einberufenen Reservisten 73,000 Mann.

— Berlin, 5. Febr. Die Polizei confiscirte vergangene Nacht 400,000 socialdemokratische Wahlflugblätter, welche heute Abend resp. morgen früh durch 6 Wahlkreise verteilt werden sollten.

— Dem „Frk. Journal“ schreibt man von der deutsch-französischen Grenze: Ganz zweifellose Thatsache ist der Barackenbau. Was über den Umfang desselben und die nachts bei elektrischem Licht fortbauende Eile der Unternehmung gemeldet worden, wird von Augenzeugen bestätigt. Es ist kindisch, wenn französische Zeitungen sagen, diese Baracken hätten nur den Zweck, den Befehlungen der Grenzforts eine bessere, gegen Rheumatismus gesicherte Unterkunft zu gewähren, als die feuchten Kasematten. Die Baracken werden an Stellen errichtet, wo gar keine Forts liegen, und die Truppen, welche zur Belegung der Holzbauten bestimmt sind, kommen sicherlich nicht aus den Forts sondern es handelt sich nach dem ganzen Charakter der Bauten darum, größere Abteilungen einer bestimmten einheitlichen Waffe regimenterweise dort unterzubringen.

— Der Berliner Korrespondent der „N. Z. Btg.“ schreibt seinem Blatte: „Die Wahlbewegung gleicht ganz den Mobilmachungstagen, wie wir sie vor 17 Jahren erlebt haben; so weht darin ein förmlich kriegerischer Geist, wie ja der Gedanke des Krieges sie ausschließlich beherrscht. Ich kann nur bei meiner Ansicht bleiben, daß die Freisinnigen ein höchst gefährliches Spiel begonnen haben. Seit Dezember sind sie von dem anfänglich innegehabten Standpunkt immer weiter zurückgewichen, haben eine Position um die andere aufgegeben, sind dabei immer mehr in Abhängigkeit von den Ultramontanen und den Sozialdemokraten geraten und haben den Kampf immer häß-

voller gemacht. Die Verantwortung für die Führer — eigentlich ist es nur ein Einziger, der sie zu tragen hat — ist eine furchtbare.“

— Die Eisenbahncommission zum Zweck der periodisch erforderlichen Feststellung der Mobilmachungsfahrpläne findet am 14. Februar in Wiesbaden statt.

— In der Geschützgießerei und Geschosfabrik zu Ingolstadt herrscht rege Thätigkeit, seit 1. Januar stehen 300 Personen in Arbeit, welche bis zum 1. April dieses Jahres 27 000 Stück Feldgranaten fertig stellen müssen. In größeren Etablissements in München werden Bezeichnungen der Arbeiter aufgenommen, in welchen diese nach ihren militärischen Verhältnissen registriert werden.

Ausland.

† Wien, 4. Febr. Die „Politische Korrespondenz“ veröffentlicht eine Depesche Jacobinis vom 21. Januar an den Nuntius Dipietro als Antwort auf das Schreiben Frandensteins, welcher zu erfahren wünscht, ob der heilige Stuhl den ferneren Bestand des Zentrums im Reichstag nicht für notwendig halte. Der Hauptpassus der Depesche lautet: Wenn der heilige Vater geglaubt habe, dem Centrum seine Wünsche hinsichtlich des Septennates aussprechen zu sollen, so sei das dem Umstande zuzuschreiben, daß diese Frage mit den Fragen religiöser und moralischer Bedeutung zusammenhängt. Was zunächst die Vorlagen betrifft, so bestehen triftige Gründe, anzunehmen, daß für die endgültige Revision der Maigesetze ein mächtiger Impuls und große Berücksichtigung seitens der Regierung zu teil geworden wäre, wenn die letztere durch das Benehmen des Zentrums bei der Abstimmung über das Septennat befriedigt worden wäre. Der hl. Stuhl hätte dann durch die Vermittlung des Zentrums auf die Erhaltung des Friedens hingearbeitet, sich so das Berliner Gouvernement verpflichtet, und hätte dasselbe günstig für das Centrum und freundlich für die Katholiken gestimmt. Schließlich hat der heilige Stuhl mit den hinsichtlich des Septennats erteilten Rathschlägen eine neue Gelegenheit herbeiführen wollen, sich dem Kaiser und Bismarck angenehm zu machen und wollte die Gelegenheit nicht entgehen lassen, für die Verbesserung künftiger Lage das mächtige deutsche Reich günstig zu stimmen.

† Wien, 5. Febr. Das Amtsblatt veröffentlicht das im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung erlassene Pferdeausfuhrverbot für sämtliche Grenzen des österr.-ungarischen Zollgebiets, welches mit dem Tage des Bekanntwerdens bei den Zollämtern in Kraft tritt.

— Nach einer Meldung des Wiener Tagblattes hat der französ. Botschafter in St. Petersburg, Laboulaye, nach Paris telegraphiert, der Zar habe den Kaiser Wilhelm direkt (über die Lage) befragt. Die Antwort stehe in vollständiger Uebereinstimmung mit den vom Fürsten Bismarck abgegebenen Erklärungen, daß Deutschland Frankreich nicht angreifen werde. In Petersburg ist die Stimmung ruhig. Die Blätter sind erfreut, daß England und Italien anderweitig engagiert sind, so daß Oesterreich ohne Bundesgenossen zu sein scheint.

— Aus Wien, 5. Febr. wird gemeldet: Die Situation wird unverändert als ernst betrachtet. Immer bestimmter tritt hervor, daß russisch-französische Intimitäten die gegenwärtige Lage verschuldet haben. Trotz der allseitigen Tendenz, zu beschwichtigen,

sind weitere aufregende Incidenzfälle zu gewärtigen.

† Paris, 4. Febr. Cassagnac verlangt die schleunige Demission des Kriegsministers Boulanger, der die einzige Kriegsgefahr bilde.

— Paris, 6. Febr. Die „France“ erhält eine Berliner Mitteilung, wonach Fürst Bismarck mehreren Personen seiner Umgebung versicherte, er mache alle Anstrengungen, den Frieden zu erhalten. Er mißbillige die in pessimistischen Artikeln der englischen Presse hervorgetretenen Maudver.

Gerichtsverhandlungen.

* Ellwangen, 29. Jan. Strafkammer. Berufung in der Strassache des Friedrich Deuschle, Weingärtners von Waldenstein, Gemeinde Rudersberg, wegen Beleidigung. Im Dezember 1885 kam dem Angeklagten in der Feldweg'schen Wirtschaft zu Rudersberg ein Bündel mit Nahrungsmitteln weg. Der Verdacht, diesen Diebstahl begangen zu haben, lenkte sich auf den damals in der Wirtschaft mitanwesenden Georg Wahl, der deshalb auch in Untersuchung gezogen, jedoch wegen mangelnden Beweises freigesprochen wurde. In Beziehung auf jenen Diebstahl und dabei auf den Wahl deutend, äußerte nun der Angeklagte, im Mai 1886 in der dortigen Wirtschaft vor mehreren Gästen, „dort sitzt der, der mir mein Fleisch gestohlen hat.“ Wegen dieser in Beziehung auf die Person des Georg Wahl gemachten Aeußerung erhob derselbe gegen Deuschle Privatklage wegen Beleidigung im Sinne des §. 186 und 200 des St.-G.-B. Das Schöffengericht Welzheim sprach den letzteren jedoch frei, indem es die Freisprechung damit begründete, daß die Idendität des beklagten und des bewiesenen Vorganges nicht festgestellt worden sei. Auf erhobene Berufung des Angeklagten wurde jedoch das erstinstanzliche Urteil aufgehoben und letzterer zu der Geldstrafe von 8 M., auch zur Tragung der Kosten beider Instanzen verurteilt, indem das Gericht strafmildernd in Betracht zog die Angetrunkenheit des Beklagten bei Begehung der That u. den üblen Leumund des Beleidigten.

* Strassache gegen den Metzger Chr. Müller von Großdeinbach D.-A. Welzheim, ebenfalls wegen Beleidigung. Der Angeklagte hat gegen das Schöffengerichts-Urteil vom 25. November Berufung erhoben, wornach er wegen Beleidigung im Sinne des § 286 zu der Freiheitsstrafe von 3 Wochen verurteilt wurde, indem das Schöffengericht Welzheim als erwiesen annahm, er habe in Beziehung auf die Person des Georg Gröner eine nichterweislich wahre Thatsache, die geeignet ist, denselben in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, behauptet, insofern er in Betreff eines im Juli zu Großdeinbach vorgekommenen Ereignisses, wornach dem dortigen Schultheißen die noch nicht reife Frucht eines seiner Acker widerrechtlich geschnitten wurde, dem Polizeidiener gegenüber die Aeußerung gethan habe, „das wird schon der Grönersjokel gethan haben.“ Das Gericht verwarf die Berufung und hat der Beklagte auch die Kosten beider Instanzen zu tragen.

(Berichtigung.) In dem in letzter Nr. von uns gebrachten öffentlichen Brief an unsern Vetter, den „Hohenstaufen“, soll es von unten Zeile 13: „erlaube ich mir, Dir, mein Vetter, noch zu sagen“, heißen.

Die Redaktion.

Pfahlbronn, den 6. Februar.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten teilen wir die schmerzliche Nachricht mit, daß unsere l. Tochter und Schwester



Chararine

im Alter von 9 Jahren weniger 5 Tagen, nach einem 3wöchigen schweren Leiden von ihrem Herrn erlöst wurde.

Beerdigung Dienstag vormittag 10 Uhr.

Um stille Theilnahme bitten

die trauernden Eltern
Christian Schwarz

und seine Gattin geb. Lang
mit ihren 4 Kindern.

Bauholz-Gesuch.

Circa 1200 laufende Meter,
schönes vormjähriges Bauholz, 17,20 Ctm. stark,
sucht sofort zu kaufen
Chr. Böhm,
Sägmühle Whingen bei Göttingen.

Für Alle,

Illustriertes Wochenblatt,
für alle Stände.

Erscheint wöchentlich einmal.

Verlag

von
Max Babenzien

in Rathenow.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
und Postämter.

Nur
30 Pfg.

vierteljährlich.

Wessende Lektüre,
gute
Illustrationen

zeichnen dies Wochenblatt aus.

Mariazeller Magen-Tropfen,

vortrefflich wirkend bei allen Krankheiten des Magens.
Schutzmarke.



Unübertroffen bei Appetitlosigkeit, Schwäche des Magens, übertriebenem Athem, Blähung, saurem Aufstossen, Kollik, Magenkatarrh, Sodbrennen, Bildung von Sand u. Gries, übermäßiger Schleimproduction, Gelbsucht, Ekel u. Erbrechen, Kopfschmerz (falls er vom Magen herrührt), Magenkrampf, Hartleibigkeit oder Verstopfung, Ueberladung des Magens mit Speis u. Getränken, Würmer, Milz-, Leber- u. Hämorrhoidal-leiden.

Preis per Flasche sammt Gebrauchsanw. 70 Pfg.
Central-Versand durch Apotheker
Carl Brady, Kremser (Mähren).

Die Mariazeller Magentropfen sind kein Geheimmittel. Die Bestandtheile sind bei jedem Fläschchen in der Gebrauchsanweisung angegeben. **Seht zu haben in fast allen Apotheken.**

in Lo-rech zu haben bei Apoth. C. Wurm

Murrhardt.

Einen bald rittfähigen

Farren

(Scheck)

mit tadellosem Körper- u. Gliederbau, beide Eltern rein Simmenthaler, setzt dem Verkauf aus



Fr. Horn
am Graben."

u. Unterzuber'sche Buchdruckerei Welzheim. Für die Redaktion verantwortlich Schullehrer Jener.

Revier Unterweisch.

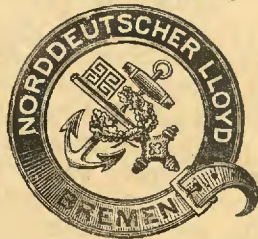
Stammholz-Verkauf.

Am Samstag den 12. Februar
aus Vorderer Birkenberg bei Oberndorf,
auf der neuen Weglinie:

8 kleinere Eichen mit 3,59 Fm.,
Fichtenlangholz: 2 Stk. III. Cl. mit
2,16 Fm., 52 St. IV. Cl., 21,64
Fm. und 11 Stk. V. Cl., 2,44 Fm.;
Forschenjagholz: 3 Stk. II. Cl., 1,58
Fm. und 21 Stk. III. Cl., 7,34 Fm.

Zusammenkunft morgens 9 Uhr auf
der Weglinie.

9 Tage.



Mit den neuen Schnelldampfern des
Norddeutschen Lloyd
kann man die Reise
von Bremen nach Amerika

in 9 Tagen

machen. Ferner fahren Dampfer des
Norddeutschen Lloyd

von Bremen nach

Ostasien

Australien

Südamerika

Näheres bei dem Haupt-Agenten
Johs. Rominger,
Stuttgart,

oder dessen Agenten:

Heinr. Aug. Bilfinger in Welzheim
B. Bilfinger " Lorch.
C. G. Brenninger " Nudersberg.
Friedr. Haeder " Gmünd-
Carl Veil " Schornboif

Unterschlechtbach.

Gegen gesetzliche Sicherheit hat so-
gleich

1000 Mark

zu 4 1/2 % auszuleihen. G. Angele.

Das unentbehrlichste für jede Haut-
haltung ist die von der Adler-Apothek
zu Kirchheim-Stuttgart dargestellte

Restitutions-Schwärze.

Dunkle Kleider aller Art,
Filzhüte, Sophas, Möbelstoffe zc.
damit gebürstet, erscheinen wieder wie
neu.

Allein ächt zu haben in Flaschen a 45 S
im Depot von
Herrn Conditor H. Gohly in Welzheim
und Herrn Apotheker Wurm in Lorch.

Wechselformulare

in der Unterzuber'schen Buchdruckerei.